



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 27.05.2020, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 7

Beitritt zum kommunalen Städtenetzwerk „Sichere Häfen“ / Aufnahme von Kindern und Jugendlichen - Interfraktioneller Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD, der Linken und des Bündnisses der Vielfalt vom 27.04.2020

Vorl.Nr. 158/20

Antragstext:

1. Der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg beschließt, dem kommunalen Bündnis „Sicherer Hafen“ beizutreten. Die Stadt Ludwigsburg setzt sich damit, gemeinsam mit vielen anderen Menschen und Initiativen unserer Stadt für sichere Fluchtwege, für eine humane Aufnahme von Geflüchteten und eine klare Perspektive für bei uns lebende Geflüchtete ein.
2. Die Stadt Ludwigsburg setzt sich insbesondere für geflüchtete minderjährige Kinder und Jugendliche ein und fordert den Landkreis als kommunalen Jugendhilfeträger auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere Kinder und Jugendliche vom Flüchtlingslager Moria auf Lesbos eine menschenwürdige Betreuung und Förderung zu gewährleisten. Die Stadt Ludwigsburg sagt hierfür ihre Unterstützung zu.
3. Das Land Baden-Württemberg und das Innenministerium der Bundesrepublik Deutschland werden aufgefordert, die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen kurzfristig zu sichern, damit Kinder und Jugendliche im Rahmen einer Kontingentlösung aufgenommen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffern 1 bis 3 werden getrennt abgestimmt.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 3 wird mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** gibt das Wort an die Antragsteller weiter.

Stadträtin **Shoaleh** erläutert den Antrag und lobt das Engagement der Initiative „Seebrücke“. Man wolle ein Zeichen der Solidarität setzen und sich aktiv beteiligen. Es sei die humanitäre und moralische Pflicht sich einzusetzen. Darüber hinaus müsse eine europäische Lösung gefunden werden. Sie bittet dem Antrag zuzustimmen.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Integrationsrates Frau Aiemut und Herrn Jeuk.

Stadtrat **Meyer** dankt Stadträtin Shoaleh für ihr persönliches Engagement. Seine Fraktion habe sich intensiv mit diesem Antrag und den Hintergründen befasst. Er sehe einen Beitritt als nicht sinnvoll an. Wer ein Signal setze, müsse auch die Konsequenzen tragen und kritisiere andere Kommunen. Die trügerische Hoffnung birgt eine Gefahr für die flüchtenden Menschen und locke vermehrt Menschen auf das Meer. Es werde nicht zwischen Erwachsenen und Kindern unterschieden. Er wolle einer europäischen Lösung nicht vorgreifen. Zudem umgehe man die innerdeutsche und kommunale Solidarität. Seine Fraktion stehe zum Königsteiner Schlüssel. Ludwigsburg habe viel zur Integration von Geflüchteten geleistet. Die Fluchtursachen in den Heimatländern müssen bekämpft werden. Ziffer 2 könne er zustimmen, jedoch Ziffer 1 und 3 nicht.

Ziffer 1 sei nicht Aufgabe der Kommune und könne nicht befürwortet werden, so Stadtrat **Dengel**. Ziffer 2, insbesondere Kinder und Ziffer 3 werde er zustimmen. Er wünscht eine getrennte Abstimmung.

Es solle ein Signal gesetzt werden, merkt Stadträtin **Metzger** an. Die Probleme seien erkannt und man wolle ein menschliches Zeichen setzen. Aufgrund des Beitrittes bezweifle sie einen Anstieg der Fluchtversuche.

Der Antrag sei symbolisch und wichtig, so Stadträtin **Schmidt** und sie habe sich diesem gerne angeschlossen.

Die Verwaltung habe in der Flüchtlingsarbeit viel getan, teilt Stadtrat **Heer** mit. Ludwigsburg sei seiner Verantwortung beim humanitären Umgang in der Betreuung von Flüchtlingen gerecht geworden und habe vorbildlich gehandelt. Die europäische Ländergemeinschaft solle sich diesem Thema annehmen. Er wünscht ebenso eine getrennte Abstimmung. Zu Ziffer 1 und 3 signalisiert er die Zustimmung. Ziffer 2 werde er nicht zustimmen. Alle Flüchtlinge brauchen eine klare Perspektive, nicht nur Lesbos, auch für Geflüchtete über den Landgang. Eine Solidaritätsgemeinschaft sei gefordert. Er geht weiter auf die kommunale Zuweisungen ein.

Ludwigsburg habe beim Umgang mit Flüchtlingen vorbildlich gehandelt, merken Frau **Aiemut** und Herr **Jeuk** an. Man wolle mit dem Beitritt ein Signal setzen und gemeinsam mit anderen Kommunen einen Beitrag leisten.

EBM **Seigfried** geht auf die erfolgte intensive Diskussion mit unterschiedlichen Aspekten und wichtigen Beiträgen ein. Der Antrag habe einen großen Symbolgehalt. Man sei abhängig von gesetzlichen Vorgaben und Zuweisungsregelungen und geht weiter auf die aktuellen Flüchtlingszahlen ein. Die inhumanen Verhältnisse auf den griechischen Inseln seien erschreckend und dramatisch. Diese könnten nicht ad hoc verändert werden. Durch praktisches Handeln habe Ludwigsburg ein klares Signal für eine humane Flüchtlingspolitik gesetzt. Weiter geht er auf den Antrag des Kreisjugendamtes, auf Aufnahme von UMAS über die Sollquote hinaus, ein.

Die Debatte sei wichtig, es gehe auch um Moral und Globalisierung, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Gegen die Schlepperbanden müsse vorgegangen und Maßnahmen aller europäischen Länder getroffen werden. Weiter geht sie auf die Ursachen von Kriegen und Vorteilmnahmen ein.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass die Debatte nicht über Ursachenforschung der Kriege geführt werden solle.

Stadtrat **Meyer** geht auf moralische Vorstellungen und moralisches Handeln ein. Es dürfe nicht zu mehr Leid und Problemen führen. Andere Meinungen sollen akzeptiert werden.

Im Sozialausschuss des Kreistages habe seine Fraktion dem Antrag zugestimmt, merkt Stadtrat **Heer** an. Ludwigsburg sehe er als sicherer Hafen, sei gut aufgestellt und mache sehr viel in der Flüchtlingspolitik. Im Rahmen des Königsteiner Schlüssels könne er zustimmen und verweist auf die Kontingente. Andere Kommunen seien ebenso in der Pflicht.

Stadtrat **Prof von Stackelberg** wünscht nach außen ein klares Signal mit einer breiten Mehrheit.

Stadträtin **Moersch** stört sich bei der heutigen Debatte daran, dass eine Nichtzustimmung als inhuman gewertet werde. Ludwigsburg habe in der Vergangenheit humane Hilfe bewiesen. Sie lehnt eine falsche Signalwirkung ab. Es solle keine Asylpolitik auf eigene Faust gemacht werden. Europa brauche eine gemeinsame Lösung.

Aufgrund der Bitte aus dem Gremium über Ziffer 1 bis 3 getrennt abzustimmen ruft EBM **Seigfried** Ziffer 1 bis 3 des Antrages einzeln zur Abstimmung auf. Dieses Thema werde in einer kommenden Sitzung des Gemeinderates auf die Tagesordnung genommen.